

Antrag B-07**Jusos Sachsen****Pflichtbesuch für sächsische Schülerinnen und Schüler in Gedenkstätten zur Erinnerung und Mahnung der nationalsozialistischen Verbrechen an der Menschlichkeit**

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2 Wir fordern einen verpflichtenden Schulbesuch von Schüler*innen aus Sachsen während ihrer lehrplanmäßigen Aus-
3 einandersetzung mit der deutschen NS-Diktatur, aller Schulformen, in einer Gedenkstätte zur Erinnerung und Mah-
4 nung der nationalsozialistischen Verbrechen an der Menschlichkeit in Form eines Rahmenprogramms. Innerhalb diese
5 Programms sollen die Schüler*innen durch Veranstaltungen inhaltlich vor- und nachbereitet werden, um Verstehens-
6 prozesse vorzubereiten und anzubahnen. Um die Tiefe und Verantwortung des Themas gerecht zu werden, sollen ge-
7 gebenenfalls externe und außerschulische Experten hinzugezogen werden. So lang es noch möglich ist, sollte zudem
8 dafür gesorgt werden, dass die Schüler*innen mit Zeitzeug*innen während des Pflichtbesuchs reden können. Perspekti-
9 visch sollten die Gedenkstätten die Erfahrung eines Zeitzeug*innengesprächs konservieren und didaktisch aufbereiten,
10 um auch künftigen Generationen den Wert solch einer wichtigen Erfahrung vermitteln zu können. Weiterhin fordern
11 wir, dass Lehrkräfte für den Gedenkstättenbesuch in Weiterbildungen o.Ä. qualifiziert und vorbereitet werden, damit
12 sie wiederum in der Lage sind, ihre Schüler*innen auf den Gedenkstättenbesuch vorzubereiten. Diese Weiterbildung
13 sollte u.a. im Sinne des Beutelsbacher Konsens, der die Grundlagen politischer Bildungsarbeit formuliert, geschehen.
14 Die Kosten werden vom Freistaat Sachsen getragen, da der Besuch eine Verpflichtung darstellt.

15 Begründung

16 „Die Erinnerung an die Entrechtung, Vertreibung und Ermordung der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für
17 uns heute lebenden Deutschen eine bleibende Aufgabe.“ Das Zitat von André Schmitz, Staatssekretär a. D. für kulturel-
18 le Angelegenheiten Berlins, zeigt auf, welche Verantwortung wir tragen. Der Holocaust, sowie das Unrechtsregime der
19 NSDAP, dürfen nie vergessen werden! Dennoch erleben wir in Deutschland immer wieder und vermehrt antisemitische
20 Übergriffe, sowie Parolen die gegen die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden gerichtet sind. Um dieses Problem
21 nachhaltig zu bekämpfen, sowie Respekt und Verantwortung mit unserer Geschichte zu schaffen, ist es unabdingbar
22 sich mit dem Thema ausgiebig zu beschäftigen. Allerdings ist es nicht ausreichend dies nur innerhalb des Geschichts-
23 unterrichts in der Schule zu tun, sondern es ist notwendig Gedenkstätten zu besuchen um diese Thematik greifbar zu
24 machen um die passierten Schrecken wirklich zu verstehen. Ebenso fördert ein Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte,
25 sowie die tiefe Auseinandersetzung mit der Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Mitbürger*innen während
26 der Zeit von 1933 bis 1945, ein Verständnis für die Wichtigkeit des interkulturellen Austausches. Dies führt zu mehr Ak-
27 zeptanz und mehr Miteinander von Schüler*innen verschiedener Religionen und dem wirklichen Verständnis, dass so
28 etwas „nie wieder“ passieren darf. Dieser Antrag fördert das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft und dem
29 Ende der Ausgrenzung von Minderheiten.

Empfehlung der Antragskommission: Konsensliste